

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugpreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einjährlich monatlich. Goldmarken 1,00 RM. Postbezugsmonat 2,00 RM. einjährlich 24 Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellungsfläche und private Familienanzeigen 6 Pf., die 79 mm breite mm-Zeile im Zeitteil 1,10 RM. Nachfolgend nach Maßstab 1 oder 2 Mengenblätter D. Briefgebühren für Ziffern anzeigen 30 Pf., außerschl. Paris. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Dr. W. v. S. 24601. Fernverkehr 27981-27983 • Telegr.: Dresdner Nachrichten • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Victoriastr. 4a; Fernruf: Kurfunk 9361-9366. Postbez.: Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezüger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages.

Nr. 205

Freitag, 6. September 1935

43. Jahrgang

Wieder ein litauischer Rechtsbruch

Veröffentlichung der italienischen Anklageschrift gegen Abessinien - Abschluß der Luftmanöver bei Braunschweig

Die Schuld am Einsturzungslück

Vier Verhaftungen in Berlin

DNB, Berlin, 5. September. Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Die feinerseit bereits bekanntgeworden ist, hat die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, unmittelbar nach dem Einsturzungslück bei dem Bau der Nord-Süd-S-Bahn in der Hermanns-Göring-Strasse, das insgesamt 19 Todesopfer gefordert hat, die Ermittlungen über eine etwaige Schuldfrage eingeleitet. Die Bearbeitung dieses der Öffentlichkeit in besonderer Weise interessierenden Verfahrens wurde dem Oberstaatsanwalt Dr. Reimer übertragen, zu dessen Unterstützung nach wie vor Gerichtsrat Professor Dr. Riel, der feinerseit als erster Vertreter der Staatsanwaltschaft bei den Aufklärungsarbeiten zugegen war, tätig ist. Zur eingehenden Aufklärung hat die Staatsanwaltschaft ein Sachverständigen-Gremium hinzugezogen, das unter Leitung des Geheimrats Professor Dr. Peritz von der Technischen Hochschule Berlin steht und dem als Mitglieder folgende Herren angehören: Professor Dr. Disinger von der Technischen Hochschule Berlin, Professor Dr. Gatter von der Technischen Hochschule in München, Reichsbaugruppenleiter Duplauer (Deutsche Arbeitsfront), Regierungsbauamt im

Ruhestand Bouffet, Regierungs- und Bauamt Schuppen vom Polizeipräsidenten Berlin.

Die Untersuchung über die Ursachen des Einsturzungslückes ist inzwischen soweit gediehen, daß auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft heute Gastbefehle gegen folgende Personen erlassen und vollstreckt worden sind:

1. Direktor Guao Hoffmann von der Berlinischen Baugesellschaft m. B. G.
2. Ingenieur Joseph Karl Rath, Technischer Sachbearbeiter der Berlinischen Baugesellschaft m. B. G.
3. Bauleiter Diplomingenieur Fritz Roth.
4. Reichsbahnrat Wilhelm Wecker.

Den Verhaftungen wird schrittweise Einlassung zur Last gelegt, die darin erblickt wird, daß bei der Ausführung des Baues grobe Verstöße gegen anerkannte Regeln der Baukunst vorgekommen sind und daß die Genannten dafür in erster Linie die Verantwortung zu tragen haben.

Mit dem absehenden Sachverständigen-Gutachten dürfte in etwa einer Woche zu rechnen sein.

Erster Akt des Genfer Schauspiels

In Genf hat gestern nachmittag die erste Sitzung in der abessinischen Angelegenheit stattgefunden. Beschlüsse sind vorläufig nicht gefaßt worden. Staatspräsident ist zur Zeit der argentinische Gesandte in der Schweiz, Luis Guinazu, der zunächst einmal mitteilte, daß der Spruch des Schiedsgerichts über den Zwischenfall von Ualual einstimmig gefaßt worden sei und dem Rat demnächst mitgeteilt werden solle. Wie wir schon berichteten, hat sich das Gericht sehr diplomatisch aus der Affäre gezogen und ein sehr salomonisches Urteil gefällt. Es hat nämlich niemandem recht gegeben, weder Italien noch Abessinien, sondern hat erklärt, daß beide Länder letzten Endes an dem Zwischenfall unschuldig seien.

Italien begründet aber, wie bekannt, sein Vergehen gegen Abessinien längt nicht mehr mit dem schon halb vergessenen Zwischenfall von Ualual, sondern hat dem Rat eine ausführliche Denkschrift vorgelegt, die ein ganzes Bündel schwerster Anklagen gegen Abessinien enthält.

Diese Vorwürfe wurden von dem italienischen Vertreter, Baron Aloisi, in der Sitzung durch eine außerordentlich scharf gehaltene Erklärung noch unterstrichen. Aloisi erklärte und betonte, es gebe keine Möglichkeit eines friedlichen Zusammengehens zwischen Italien und Abessinien mehr. Die italienische Regierung könne der abessinischen Regierung keinerlei Vertrauen mehr entgegenbringen und glaube, daß nicht mehr die geringste Möglichkeit bestehe, daß Abessinien vertragliche Verpflichtungen, zur deren Uebertretung es sich bereit erklärt habe, einhalten würde.

Der juristische Vertreter Abessinien, der französische Professor Daz, antwortete mit Gegenanklagen gegen Italien und behauptete, Italien habe, nachdem der Zwischenfall von Ualual aus der Welt geschafft worden sei, nach einem neuen Vorwand, um Zeit für weitere Vorbereitung des Krieges zu finden. Die italienische Denkschrift stelle die inneren Angelegenheiten eines Völkerverdrängungsgebietes zur Erörterung und schaffe damit einen ersten Präzedenzfall.

Katalatt und diplomatisch außerordentlich vorzüglich sprach Eden als Vertreter Englands und Laval als Vertreter Frankreichs.

Eden vermied in seiner Rede alles, was von Italien irgendwie peinlich empfunden werden könnte, und verteilte sich sogar an der Behauptung, von irgendwelchen Konflikten zwischen England und Italien könne nicht die Rede sein. Selbstverständlich, daß Eden sowohl wie Laval erneut betonten, ihre Länder stünden auf dem Boden der Völkerbundslösung.

In Paris und London ist man, nach den Berichten der heutigen englischen und französischen Morgenzeitungen zu urteilen, wieder einmal ziemlich optimistisch gestimmt. Im Pariser „Leuore“ glaubt Frau Labrous bereits die Umrisse eines Kompromisses ablesen zu können (vergl. Bericht unfers Pariser H-Korrespondenten). Im ganzen hält sie sich aber dabei an das, was Eden in seiner Rede über das feinerseit auf der Pariser Konferenz von England und Frankreich vorgeschlagene Angebot an Italien, das von Mussolini als unzureichend abgelehnt wurde, gefaßt hat. Trotdem kommt man sich in Paris an die Hoffnung, daß der Tuoc doch noch an Verhandlungen auf der Grundlage dieses Pariser Angebotes bereit sei, und in einigen Zeitungen wird sogar schon davon gesprochen, man habe in Rom neue Verhandlungsvorschläge ausgearbeitet. Die Rede Aloisi, so sagt man, widerspreche trotz ihrer Schärfe dieser Kompromissbereitschaft Italiens nur scheinbar. Ihr Text sei in Rom schiefgelesen worden, bevor die in den letzten 24 Stunden sichtbar gewordenen Entspannungstendenzen sich dort durchsetzen konnten.

In Paris begründet man diese optimistische Stimmung ferner damit, Eden habe sich unter dem Einfluß Laval's gemäßig, während man in London umgekehrt feuchelt, Laval sei härter in Eden's Bahnen eingelenkt. Auf jeden Fall will man eine weitgehende Annäherung der beiden Standpunkte festgestellt haben. Ob dieser Optimismus haltbar ist und ob eine Entspannung wirklich vor der Tür steht, müssen die nächsten Tage lehren.

Schließlich kommt es ja auch noch darauf an, was Abessinien zu sagen hat. Und man scheint in Addis Ababa durchaus noch nicht an Kapitulation zu denken. Im Gegenteil: der Vertreter Abessinien in Genf soll heute vormittag die dritte Anweisung erhalten haben, den bisherigen abessinischen Standpunkt nicht zu verlassen und alle Kompromisse abzulehnen.

Paris ist optimistisch

Hoffnung auf neuerliche Hinauszögerung der Entscheidung

Telegramm unfers Korrespondenten

H. Paris, 5. September

In Paris besteht man die weitere Entwicklung der Genfer Verhandlungen über Abessinien heute morgen folgendermaßen: Man nimmt an, daß der Völkerverdrängungsvertrag zunächst einen dreispätigen Bericht enthalten wird, der die italienische Anklageschrift und die abessinische Rechtfertigung zu prüfen hätte. Vielleicht werde man auch gleich eine Untersuchungskommission einsetzen. Ferner würden die Delegationsführer Frankreichs, Englands und Italiens selbst ihre in Paris feinerseit unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen, und zwar, wie Frau Labrous im „Leuore“ berichtet, auf folgender Grundlage: Grundsätzliche Reorganisations Abessinien auf wirtschaftlichem, finanziellen, handelspolitischen, technischen und industriellen Gebiet, Modernisierung der Verwaltung, Ausarbeitung eines Fremden- und Niederlassungsrechts, Abschaffung der Sklaverei, Organisation der Grenzpolizei und der Polizei überhaupt. Ferner Abschluß von Handels- und Konventionsverträgen mit den Nachbarländern und schließlich Revision der Grenzen. Bei allen diesen Punkten könne Italien besonders bevorzugt werden, so daß es eigentlich praktisch doch das Protektorat über ganz Abessinien erhalte. Diese Verhandlungen aber würden monatlang andauern, und sie könnten nur gelingen, wenn während dieser Zeit feinerseit kriegerische Handlungen vorlämen.

Ob diese Voransage nicht etwas allzu optimistisch ist, muß die weitere Entwicklung lehren. Die Betrachtungen der Pariser Morgenblätter sind auf einen „gemäßigten Optimismus“

eingestellt. Man begründet es als einen großen Fortschritt, daß sowohl der Engländer wie der Italiener in der gestrigen Sitzung beizug hätten, es gäbe

keinen direkten Konflikt zwischen England und Italien. Die Pariser Presse will weiter wissen, daß Italien sich verpflichtet habe, die zum Abschluß der Genfer Verhandlungen feinerseit kriegerische Maßnahmen im Abessinien zu unternehmen, es sei denn, daß es „provociert“ würde. Die französischen Kritiker glauben, sowohl an englischer wie an italienischer Seite gewisse Anzeichen eines Versöhnungswillens feststellen zu können. Man behauptet A. B., daß

die Friedensbereitschaft Italiens härter sei, als die getrigge leidenschaftliche Anklagerede Aloisi vermuten lasse. Aber das kommt vielleicht daher, erklärt Peritiaz im „Echo de Paris“, daß die Rede Eden's unter der Mitarbeit Laval's in Genf selbst ausgearbeitet und daher gemildert worden sei, während Aloisi's Erklärungen noch in Rom „im einseitigen Parteigeist“ abgefaßt worden seien. Italien wolle aber heute, daß in Genf eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England bestehe als noch vor wenigen Wochen auf der Pariser Dreierkonferenz.

Peritiaz behauptet, der englische und der französische Standpunkt seien auf dem Wege, sich einander zu nähern.

Die Reden Eden's und Laval's seien durchaus auf den gleichen Ton eingestellt, wobei allerdings Eden „forter“ und Laval „piano“ gesprochen habe. Dazu komme, daß Italien sich auch davon habe überzeugen können, daß Englands militärische Machtmittel im Mittelmeer doch nicht ganz so verächtlich seien. Vielleicht werde es England angestehen, der technischen Entwicklung der Luftwaffe nicht zugehen, seine Seeherrschaft lieberzeit aufrechtzuerhalten, aber es genüge im gegenwärtigen Falle für die Zwecke des englischen Reichs, wenn die englische Flotte nur den Eingang und den Ausgang des Mittelmeers bei Gibraltar und bei Port Said in der Hand behalte. Dazu sei Italien, falls es hart auf hart gehe, doch auf die Anie gezwungen.

Willfür gegen Dr. Schreiber

Entziehung der Staatsangehörigkeit - Mit allen Mitteln gegen die Einheitswahlliste

× Memel, 5. September. (Durch Funkspruch)

Der Gouverneur des Memelgebietes hat dem früheren Landespräsidenten und jetzigen Spitzenkandidaten der memelländischen Einheitsliste zur Wahl am 20. September, Dr. Schreiber, die Staatsangehörigkeit entzogen. In der Begründung heißt es, daß Dr. Schreiber die litauische Staatsangehörigkeit als Bürger des Memelgebietes durch unrichtige Scheineintragung erhalten habe. Er und seine Familie werden von nun an als Ausländer behandelt.

Da Dr. Schreiber Präsident der Memelländischen Handelskammer ist und in verschiedenen sonstigen wirtschaftlichen Organisationen und öffentlichen Ämtern des Memelgebietes führende Stellen innehat, deren er mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit verlustig geht, steht er persönlich mit seiner Familie nach diesem Willfürakt vor dem Ruin.

Wie bekannt, ist Dr. Schreiber seit 18 Jahren Memelländer, also längt vor der Nationalisierung des Memelabkommens im Memelgebiet anständig gewesen. Bisher sind niemals Zweifel an seiner Staatsangehörigkeit laut geworden. Er wurde vom litauischen Gouverneur feinerseit als solcher zum Landespräsidenten ernannt. Als Beamter einer öffentlichen Stelle hat er feinerseit auf Grund seiner Einstellung auf Lebenszeit vorfristigmäßig für Litauen optiert. Der angegebene Grund für diesen neuen Schlag gegen die stammesbewussten Memelländer ist also so fadenfadenlos wie nur irgend möglich. Die Litauer verfolgen keinen andern Zweck, als die deutsche Einheitsfront ihres Spitzenkandidaten

zu berauben, und dazu erscheint ihnen eben jedes Mittel recht.

Die Willfür der Litauer kennt überhaupt keine Grenzen mehr. Zwei weitere Beispiele: Die Ausgabe des „Memeler Dampfboot“ vom Dienstag wurde beschlagnahmt, weil durchaus unvorsichtigermaßen Dr. Schreiber als Spitzenkandidat der Einheitsliste genannt worden war. Die Donnerstags-Ausgabe wurde ebenfalls unterdrückt, weil die deutschen Wähler aufgefordert wurden, für die Wahlkosten Spenden zu stiften. Je näher der Wahltag rückt, desto häßlicher und desto brutaler werden die Rechtsbrüche der litauischen Stellen. Zweimal ist schon das bestehende Wahlgesetz geändert worden. Das Ziel dieser Änderungen besteht lediglich darin, eine Wahländerung und eine Wahlbeeinflussung in allerhöchstem Umfang zu ermöglichen. Die Litauer im Memelgebiet dürfen tun, was ihnen beliebt. Die Deutschen dürfen sich nicht einmal verteidigen. Eine der litauischen „Größen“, der ehemalige Gesandte in Berlin und London, Sibalaukas, hat vor kurzem in Rom unangefordert folgende Worte gesagt: „Die Memelländer haben kein Verstandesvermögen, sie sind die litauischen Gerichte dazu da, sie dafür zu bestrafen.“ Diese Worte offenbaren in kaum noch zu überbietendem Hyndismus die Mittel der litauischen Bestrebungen im Memelgebiet. Im Memeldeutschstum gibt es gegen diese Gewaltakte nur eine Stimme, die Stimme einhelliger ungeheurer Empörung. Und es ist immer wieder notwendig, darauf hinzuweisen, daß mit der Ausübung der Lage im Memelgebiet die Verantwortung der Staatmächte, die dem Memeldeutschstum die, in der Konvention niedergelegten autonomen Rechte garantiert haben, immer größer und ernster wird.

Wer braucht Kolonien?

Oberst House für bessere Verteilung des Kolonialbesitzes

× New York, 5. September. (Durch Funkspruch) Oberst Edward W. House, der frühere außenpolitische Berater Wilsons, veröffentlicht in der Zeitschrift „Liberty“ einen Aufsatz, in dem er den Gedanken vertritt, daß der Weltfrieden nur durch eine bessere Verteilung des Landbesitzes der großen Kolonialländer auszusitzen Deutschlands, Japans und Italiens erhalten bleiben könne. England, Frankreich, Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten, die vier Mächte, die „die Welt besitzen“,

müßten den andern drei Ländern Ausdehnungsmöglichkeiten gewähren, die den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen seien. Jeder Staatsmann, so erklärt Oberst House, wird in privater Unterhaltung zugeben, daß Deutschland, Italien und Japan Gebiete benötigen, wohin sie ihren Bevölkerungszuwachs schicken und woher sie die Rohstoffe beziehen können, die ihnen das eigene Land nicht gewähren kann. Aber die großen besitzenden Nationen sind nicht willens, ihren weniger glücklichen Genossen mehr als „Brotkrumen zu gewähren, die von kolonialen Tälern fallen“.